

Ulrike Poppe

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung
der Folgen kommunistischer Diktatur

Gegen das Vergessen – zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

In diesen Tagen wird in den Medien viel über die Revolution im Herbst 1989 und den Mauerfall berichtet, es werden Filme gezeigt, Veranstaltungen finden statt und Zeitzeugen berichten, was sie in vor 25 Jahren erlebt haben. Manches von dem, was zum 10., 15. und 20. Jahrestag gesagt wurde, wiederholt sich. Mit zeitlichem Abstand kommen aber auch neue Aspekte hinzu. Weitere Details werden ausgegraben und die Geschichte der DDR, einschließlich ihres Untergangs, wird in zunehmender Breite und Tiefe erkundet. Geschichtsbetrachtung ist immer eine Konstruktion, die sich aus belegbaren Fakten, aber auch Interpretation, Einordnung und Bewertung historischer Befunde im Lichte gegenwärtiger politischer Entwicklungen, Stimmungen und Interessenkonstellationen ergeben.

In den letzten Jahren haben vor allem regionalgeschichtliche Untersuchungen, sowie Einzeldarstellungen zu Kinderheimen, Gefängnissen, Haftarbeit, Flucht und Fluchthilfe, Opposition und Widerstand und tiefergehende Untersuchungen zur Repressionspraxis die Publizistik zur DDR-Geschichte bereichert. Hinzu kommt eine fast unüberschaubare Zahl an biografischen Zusammenstellungen, in denen sich facettenreich die alltägliche Lebenspraxis nachvollziehen lässt. Damit ist durchaus ein aussagekräftiges Fundament für ein Geschichtsbild entstanden, welches nachzuvollziehen ermöglicht, wie Menschen in der Diktatur, in einem Staat, der seinen Bürgern die Freiheitsrechte vorenthielt, ihr Leben gelebt haben. Für diejenigen, die das Leben in Unfreiheit nicht kennen, weil sie später geboren oder woanders gelebt haben, kann damit deutlich werden, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht selbstverständlich sind, dass Freiheit ein Wert und durchaus fragil ist.

Aber reicht es aus, zu wissen, dass die Grundfreiheiten schützenswert sind? Um tatsächlich Nutzen historischer Aufarbeitung für die Gegenwart zu gewinnen, sollte m.E. noch intensiver untersucht werden, wodurch diese gefährdet werden können.

Es reicht die Überzeugung nicht aus, dass in einer diktatorischen Staatsordnung die Freiheit eingeschränkt ist und eine solche Herrschaftsform Unrecht produziert. Was bisher in der ganzen Aufarbeitung zu kurz kam ist die Auseinandersetzung mit den Motiven der Gefolgschaft kommunistischer Ideologie.

Das System in der DDR, wie im gesamten Ostblock, stützte sich eben nicht allein auf Bajonette. Es funktionierte nicht nur durch Zwang, Gewalt, Grenzen und Angst. Zwar hätte es sich ohne Gewalt nicht aufrecht erhalten können. Aber dass es ein halbes Jahrhundert gedauert hat, ehe die Herrschenden vor dem Protest der Massen kapitulierten, hat auch damit zutun, dass die kommunistische Idee, oder zumindest die Idee von einer gerechteren gesellschaftlichen Ordnung, einer nicht-kapitalistischen Alternative, lange Zeit große Anziehungskraft besaß, und – nach 1990 wesentlich eingeschränkt, aber teilweise auch heute noch besitzt.

Zwar gab es in allen Phasen des 40jährigen Bestehens der DDR Menschen, die sich individuell oder in Gruppen dem ideologischen Einfluss zu entziehen versuchten, an eigenen bürgerlichen Wertvorstellungen festhielten und sich zum Teil der Verfügbarkeit für das staatssozialistische System verweigerten. Gleichwohl, die Mehrheit nahm den Staatssozialismus mehr oder weniger billigend in Kauf. Und nicht wenige hielten am Glauben fest, dass sich diese Gesellschaftsordnung in der Zukunft doch einmal als die bessere, gerechtere, ja freiere und sogar wirtschaftlich effizientere herausstellen werde. Erst als in den späten 80er Jahren unübersehbar geworden war, dass der Staatssozialismus den Systemwettbewerb absolut nicht gewinnen kann, erloschen damit auch die utopischen Erlösungshoffnungen. Übrig blieb die triste Realität der Gegenwart: verfallene Innenstädte, vergiftete Gewässer und Böden, marode Infrastruktur, bankrotte Wirtschaft, Mangelversorgung, korrupte Herrschaft, gefälschte Wahlen, verlogene Propaganda.

Aber wir sollten uns nicht darüber hinweg täuschen, wie viel Anziehungskraft die kommunistische Utopie besaß, - bekanntlich ja auch in den Ländern des Westens. Nicht alle offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, Grenzzoffiziere, Parteifunktionäre, Staatsanwälte und Richter führten ihre linientreuen Tätigkeiten mit tiefer Überzeugung aus, aber ziemlich viele. Bei manchen vermischte sich die Motivlage mit Opportunismus und Obrigkeitshörigkeit. Dennoch: die ursprünglichen humanistischen und emanzipatorischen Zielsetzungen in der Idee des Kommunismus wirkten als quasi religiöse Verheißung, als Bezugspunkt für Sehnsüchte, mit denen sich

der Einzelne, - in Übereinstimmung mit vielen, - über die unbefriedigende, triste Alltagsrealität hinweg träumte. Der Westen konnte diese Faszination nicht aufwiegen, verblasste gegenüber dem schillernden Eldorado von Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Aber nicht nur ein großer Teil der Protagonisten des Regimes ließ sich von der Utopie einer harmonischen Gesellschaft der Freien und Gleichen faszinieren, auch viele Regimegegner knüpften zunächst an die sozialistischen Ideen an. Für sie, und das machte sie besonders gefährlich für die Machthaber, standen die Widersprüche zwischen praktischer Machterhaltung und dem Marxismus als Berufungsinstanz im Vordergrund. So waren - bei aller Vielfalt - durchaus jene systemkritischen Strömungen im Ostblock dominant, die einen nichtkapitalistischen bzw. antikapitalistischen Weg bevorzugten, die den Marxschen Ideen nicht grundsätzlich feindlich gegenüber standen. Der Marxismus war zwar in der Begrenztheit seiner Zeit zu bewerten, bot aber auch 100 Jahre später für die verschiedensten linken Strömungen, und auch für große Teile der Dissidenz im Ostblock faszinierende Vorstellungen von einer befreiten menschlichen Gesellschaft.

Imre Nagy, der Held des ungarischen Widerstands z.B., er stand für die Idee des „*nationalen und menschlichen Sozialismus*“, bildete eine Mehrparteien-Regierung und setzte sich für eine parlamentarische Demokratie und die Neutralität Ungarns ein. **Alexander Dubček stand** für einen „*Sozialismus mit menschlichem Antlitz*“. Jacek Kuroń verfasste zusammen mit Karol Modzelewski und Adam Michnik 1964 eine marxistische Kritik am kommunistischen System. Robert Havemann vertrat einen undogmatischen Marxismus und sah Zeit seines Lebens, trotz all seiner Kritik, die Zukunft der DDR und ganz Deutschlands ausschließlich im Sozialismus. In seinen 10 Thesen zum 30. Jahrestag der DDR schrieb er: „*Wir müssen jetzt und hier beginnen, den großen Traum des Sozialismus zu verwirklichen, getreu dem Bebel-Wort: 'Ohne Demokratie kein Sozialismus, ohne Sozialismus keine Demokratie'*.“ Freilich war das eine Kritik an den derzeitigen Machthabern, die ihrem Volk grundlegende demokratische Rechte verweigerten.

Aus den verschiedensten Perspektiven innerhalb der ostmitteleuropäischen Dissidenz wurde den kommunistischen Machthabern vorgeworfen, sich aus machtpolitischem Eigeninteresse von der Marxschen Vision entfernt zu haben, auf die sie sich beriefen. Für die Dissidenten hatte Marx die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen

bringen wollen, zum Tanzen um den Freiheitsbaum, welcher die Gesellschaft politisch Freier und sozial Gleicher symbolisiert. Aber unter Stalin und seinen Kumpanen waren die Tänzer längst erstarrt in der sibirischen Kälte des GULAG. Und mit dem Unfehlbarkeitsanspruch der kommunistischen Parteien in den Satellitenstaaten Moskaus sollte jeder Ansatz politischer Freiheit im Keim erstickt werden.

Und die soziale Gleichheit? Auf der Scheune in der „Animal farm“, wo die Tiere den ausbeuterischen menschlichen Farmer verjagt und selbst die Macht übernommen haben, steht bald nur noch ein einziges Gebot: „Alle Tiere sind gleich, *aber manche sind gleicher.*“ Georg Orwell hat in seiner wunderbaren Parabel auf die Geschichte der Sowjetunion beschrieben, wie die Schweine immer mehr die Führung übernehmen und schließlich eine Gewaltherrschaft errichten, die grausamer ist als diejenige, welche die Tiere überwunden hatten. In systemkritischen Kreisen kannte das Buch wohl jeder. Natürlich war es verboten. Grundsätzlich konnten die darin geschilderten Ereignisse und Personen auch gut auf die DDR-Verhältnisse übertragen werden. *„Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.“* hatte Georg Orwell in seinem Vorwort geschrieben.

Die Bestrebungen der Dissidenz in Ostmitteleuropa richteten sich keineswegs gegen die sozialreformerischen linken Traditionen, sondern gegen den Verrat an diesen Ideen durch die kommunistische Obrigkeit. Sie richteten sich gegen das Filtern und Zurechtbiegen historischer Erfahrungen zur Legitimation des Bestehenden, gegen die Demütigung durch die alltägliche Lüge.

Als 1980 Václav Havels Buch „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ als Rowohlt-Taschenbuch erschien und unverzüglich im Gepäck von Korrespondenten, Diplomaten und Rentner-Omas in den Osten gelangte, sogen die ostdeutschen Oppositionellen die klaren Worte des tschechischen Dramatikers ein wie ein trockener Schwamm das Wasser:

„Die Macht der Bürokratie wird ‚Macht des Volkes‘ genannt; im Namen der Arbeiterklasse wird die Arbeiterklasse versklavt; die Demütigung des Menschen wird für seine Befreiung ausgegeben; Isolierung von der Information wird als Zugang zur Information ausgegeben; die Manipulation durch die Macht nennt sich ‚öffentliche Kontrolle der Macht‘; und die Willkür nennt sich ‚Rechtsordnung‘...; die Unfreiheit des Wor-

tes für die höchste Form der Freiheit. Die Wahlposse für die höchste Form der Demokratie;... Die Macht fälscht die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft.“

Havel erzählt von dem Gemüsehändler, der in seinem Schaufenster zwischen Zwiebeln und Möhren das Spruchband „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ platziert. Das Ausstellen des Spruchbands ist ein Zeichen, ein Loyalitätsbekenntnis gegenüber allen Ebenen der Macht, die über ihm stehen. Der Gemüsehändler zeigt seine Bereitschaft zur Unterordnung an. Die Diktatur der SED-Führung stützte sich, wie auch die Diktatur in den anderen Ostblockstaaten, nicht allein auf Panzer und Staatssicherheit, sondern eben auch auf jene Rituale der Unterordnung. Indem der Gemüsehändler mit dem Auslegen des Spruchbandes das System bestätigt, wird er zum Teil des Systems. Die Entscheidung, seine Loyalität zu deklarieren, ist eine politische. Mit ihr wird das System stabilisiert. Unterlassen auch andere Gemüsehändler, - Bäcker und Fleischer, Bauarbeiter und Schneider, Wissenschaftler und Lehrer, - ihre Fahnen herauszuhängen, an Pflichtdemonstrationen und Wahlen teilzunehmen, ist das System bedroht.

Die Charta 77 hat in ihrer ersten Deklaration ausdrücklich beton, keine Opposition zu sein und nicht die Absicht zu haben, alternative Programme vorzulegen. Dennoch hat sie, wie Havel das beschrieb, „ernsthaft die Integrität der posttotalitären Macht“ verletzt, „die auf der Universalität des ‚Lebens in Lüge‘ basiert.“ Das Gleiche lässt sich von den oppositionellen Gruppen der 80er Jahre in der DDR sagen, und auch von den meisten anderen Dissidentenbewegungen. Im Einklang mit dem eigenen Gewissen zu leben, die eigenen Überzeugungen nicht zu verleugnen und sich nicht vor den Mächtigen zu krümmen galt als allemal wichtiger, als ein politisches Konzept vorzulegen. Der emanzipatorische Prozess beginnt im unmittelbaren Lebensalltag. Dazu versuchten die Oppositionellen aufzurufen und zu ermutigen. Durch den Staatssozialismus hatte sich der *homo sowjeticus* herausgebildet, „*der durch Lüge demoralisierte, zum Funktionieren abgerichtete, durch das tägliche Leben in Lug und Trug erniedrigte Mensch*“ (Adam Michnik). Zu einem selbstbestimmten Leben zu finden, den aufgezwungenen Ritualen zu entsagen, die schablonierte Sprache zu verweigern, das Verhalten nach eigenen Auffassungen von Legitimität statt Legalität auszurichten und der eigenen Urteilskraft zu vertrauen, - das waren die eigentlichen Ziele, die aus der Knechtung durch den kommunistischen Leviathan herausführen sollten.

Aus Untertanen sollten Bürger werden. Aus Untertanen wurden Bürger. Das hat das Leben des Einzelnen nicht unbedingt vereinfacht. Freiheit kann auch sehr anstrengend sein.

Anfang der 90er Jahre haben wir in der Evangelischen Akademie mehrere Tagungen für Lehrerinnen und Lehrer angeboten, die vor der Aufgabe standen, sich in einigen Fächern auf neue Lehrinhalte und -methoden umzustellen. Ich erinnere mich an äußerst misstrauische Gesichter, an die Sehnsucht nach einer Obrigkeit, die ihnen eine klare Richtlinie vorschreibt und an die permanente Klage, dass nun alle Werte und Normen aufgelöst seien und eine Leerstelle entstanden sei. Dass es ihre Aufgabe sei, den Schülern zu vermitteln, wie man aus einer Vielzahl von unterschiedlichsten Quellen sich selbst eine sittlich-moralische Haltung, eine politische Meinung, eine ethische Orientierung erarbeitet, konnten viele von ihnen nur mühsam akzeptieren. Das Leben in der Diktatur bot allein dadurch mehr Sicherheit, weil die Wahlmöglichkeiten für die eigene Lebensgestaltung sehr viel geringer waren als heute. Die vorgegebenen Deutungsmuster waren schlicht: *Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Die Welt ist in zwei Systeme aufgeteilt: in das eines zukunftsweisenden Sozialismus/Kommunismus und das eines überkommenen Kapitalismus. Die Kämpfe des 20. Jahrhunderts waren Kämpfe zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Neu und alt. Die Geschichte verläuft linear: hier der Fortschritt, dort der Rückschritt.*

Freiheit kann auch Angst machen, Angst vor Unordnung, Unübersichtlichkeit, Verlust von Gemeinschaft, Unbeherrschbarkeit der Verhältnisse. Auf diese Angst wird mit Angeboten fundamentalistischer Weltansichten und radikaler Normen reagiert. Um den antiliberalen Strömungen zu wehren, scheint mir eine wichtige Aufgabe darin zu liegen, das Vertrauen in die eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu stärken. Wichtigste Voraussetzung dafür sind umfassende Bildung und verlässliche politische Strukturen, in denen bürgerschaftliche Mitwirkung einen hohen Stellenwert behält.